



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Einsamkeit aktiv entgegenwirken, Studien allein reichen nicht aus“ (Drucksache 20/2111)

Einsamkeit hat viele Ursachen – an spezifischen Maßnahmen und komplexen Lösungen arbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Einsamkeit nimmt in unserer Gesellschaft zu. Betroffen sind unterschiedliche Zielgruppen und Lebensalter. Viele alte Menschen sind einsam, aber auch die Einsamkeit von jungen Menschen steigt an. Einsamkeit korreliert häufig mit anderen Faktoren, z. B. dem Fehlen von Netzwerken und sozialer Einbindung, Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Auch besondere Belastungen in Arbeitsleben, Ausbildung, Schule oder Familie können Risikofaktoren für Einsamkeit sein. Einsamkeit selbst bedingt häufig physische und psychische Symptome und kann zu Erkrankungen führen. Dennoch sind nicht alle Menschen, auf die diese Faktoren zutreffen, einsam. Lösungsansätze gegen Einsamkeit müssen komplex gedacht werden und spezifische Maßnahmen beinhalten.

Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Landesregierung die Universität Lübeck beauftragt hat, eine landesspezifische Studie zu Verbreitung, Ursachen und Lösungsansätzen gegen Einsamkeit durchzuführen. Hierdurch wird die Grundlage geschaffen, um über die bisherigen Maßnahmen hinausgehend, spezifische Lösungsansätze in Schleswig-Holstein zu entwickeln.

Der Landtag unterstützt die Bundestrategie gegen Einsamkeit mit ihren detaillierten und breit aufgestellten Analysen und Maßnahmen. Zentrale Instrumente sind hierbei das Kompetenznetzwerk (KNE) und das Pilotprojekt Einsamkeitsbarometer. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Bundesstrategie mitträgt und sich

aktiv einbringt und sich mit den Möglichkeiten einer Umsetzung auf Landesebene auseinandersetzt.

Der Landtag bittet die Landesregierung deshalb darum, die bisherigen Ansätze, die Einsamkeit entgegenwirken, fortzuführen. Dazu gehören das Landesnetzwerk SeniorTrainerin SH, die Mehrgenerationenhäuser, die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände im Rahmen des Sozialvertrages, der Landesseniorenrat, das Kompetenzzentrum Demenz, Angebote der Kirche oder Diakonie oder die Unterstützung pflegender Angehöriger.

Ergänzend soll ein Programm zur aufsuchenden Unterstützung in Bezug auf Nutzung digitaler Medien und den Netzwerkaufbau von Anbietern digitaler Unterstützung mit Verbänden, Vereinen, Kommunen und Kreisen auf den Weg gebracht werden.

Zudem soll eine durch das Land geförderte Stelle eingerichtet werden, die eine Vernetzungsstruktur der derzeit ca. 70 „Dorfkümmerinnen/Dorfkümmerer“ aufbaut und Fortbildungen organisiert.

Der Landtag bekräftigt darüber hinaus seinen Beschluss vom 24.11.2023. Er bittet die Landesregierung weiterhin und verstärkt Initiativen und Maßnahmen von Kommunen, Vereinen, Verbänden und Organisationen zu unterstützen, die soziale Ansprechpersonen und Netzwerke auf kommunaler und regionaler Ebene implementieren, aufbauen und stärken.

Werner Kalinka

Jasper Balke

Und Fraktion

und Fraktion